



An den Oberbürgermeister

21.06.2016

Resolution zur sofortigen Beschlussfassung

Resolution des Rates der Stadt Münster

Der Rat der Stadt Münster möge folgende Resolution beschließen:

Für Frieden und Menschenrechte in der Türkei

Münster als Stadt des Westfälischen Friedens fühlt sich in besonderer Weise friedenspolitischen Zielen verpflichtet. In unserer Stadt unternehmen wir daher alle Anstrengungen, Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten aufzunehmen und bestmögliche Standards zu ihrer Unterbringung und Integration zu gewährleisten. Der Rat der Stadt Münster ist aufgrund der aktuellen Entwicklung in der Türkei in großer Sorge. In Münster leben knapp 2.000 Türkeistämmige Migranten/innen, darunter auch eine erhebliche Zahl kurdischstämmiger Menschen. Wir leben in Münster nachbarschaftlich und gut zusammen. Dies ist in vielen Städten und Gemeinden in Deutschland der Fall. Spannungen in der Türkei können sich auch auf das Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen vor Ort – in der örtlichen Gemeinschaft – auswirken. Daher ist es für die Städte und Gemeinden – und auch die Stadt Münster – ein Anliegen, dass Spannungen, wie gegenwärtig in der Türkei, nicht das gedeihliche Zusammenleben vor Ort beeinflussen.

Nach dem aktuellen Lagebericht des Auswärtigen Amtes der Bundesregierung haben sich die militärischen Auseinandersetzungen in der Türkei seit Mitte Dezember 2015 verschärft. Politische Freiheitsrechte wie die Meinungsäußerungs- und Versammlungsfreiheit sind eingeschränkt. Zugang zur und Effizienz der Justiz sind ungenügend. Gerichtliche Untersuchungen und Verhandlungen sind intransparent. Verdächtige kommen für undefinierte Zeit in Untersuchungshaft. Betroffen sind neben politisch aktiven Kurden/innen auch Menschenrechtsverteidiger/-innen, Studenten/-innen, Journalisten/-innen und Gewerkschafter/-innen.

Der türkische Präsident Erdogan setzt auf eine militärische Lösung und auf verstärkten Druck auf die HDP in Ankara. Im Parlament setzte die AKP deshalb die Aufhebung der Immunität der Abgeordneten durch. Die HDP-Kovorsitzenden Selahattin Demirtas und Figen Yükkedag könnten zusammen mit 48 ihrer Fraktionskollegen/innen schon bald vor dem/der Richter/in stehen. Sehr besorgt sind wir deshalb auch um unseren Kollegen und ehemaliges Ratsmitglied Ali Atalan, der als HDP-Abgeordneter in Nusaybin ebenfalls auf

der Anklageliste steht.

Wir bitten und appellieren an die Bundesregierung und die staatlichen Organe sich dafür weiterhin einzusetzen, alles zu unternehmen und darauf einzuwirken, dass humanitäre und demokratische Grundregeln in der Türkei eingehalten werden.

gez. Sagel
und Fraktion

gez. Dr. Jung
und Fraktion